

A-10 Putins Öl brennt – jetzt Sanktionen verschärfen und Taurus liefern - Für eine entschlossene Haltung Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine und zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland

Antragsteller*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)

Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten

Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert bald
2 vier volle Jahre und geht ins fünfte Kriegsjahr. Internationale Sanktionen und
3 unsere militärische Unterstützung haben die Bedrohung für die europäische
4 Friedensordnung bislang nicht abgewendet. Seit der Amtsübernahme von US-
5 Präsident Donald Trump steht das NATO-Bündnis erneut vor der Herausforderung,
6 Zusammenhalt, Sicherheit und Stabilität zu garantieren.

7 Trotzdem hat sich die Ukraine auch in diesem Jahr mit beeindruckender
8 Entschlossenheit gegen die russischen Angriffe gewehrt. Ihre Lage bleibt geprägt
9 von brutalen Attacken auf die Zivilbevölkerung, Städte und kritische
10 Infrastruktur. Die jüngsten russischen Luftschläge zeigen die
11 Eskalationsbereitschaft des Regimes – und dass der Ukraine ein weiterer harter
12 Winter bevorsteht. Dennoch gibt es Hoffnung auf eine Wende im Verteidigungskrieg
13 gegen die russische Aggression.

14 Zwar zeigte Präsident Trump zu Beginn seiner Amtszeit auffällige Nähe zum Kreml
15 – etwa durch ein Gipfeltreffen in Alaska und die demonstrative Brückierung von
16 Präsident Selenskyj im Oval Office. Doch inzwischen äußert er seine
17 Unterstützungsbereitschaft für die Ukraine. Trotz dieser Avancen aus dem Weißen
18 Haus hat der Kreml sämtliche diplomatische Angebote ausgeschlagen. Über den
19 Sommer 2025 hat Putin einen möglichen Verhandlungsfrieden – vermittelt durch
20 Trump, aber verbunden mit harten Einschnitten für die Ukraine – bewusst
21 ausgesessen. Der Grund dafür ist, dass Putin den Krieg zur Machterhaltung, zur
22 Unterdrückung der eigenen Bevölkerung und zur Verschleierung der
23 wirtschaftlichen Missstände braucht. Gerade weil der Krieg militärisch nicht
24 erfolgreich verläuft, wächst zunehmend die Gefahr, dass Russland seine
25 Aggression über die Ukraine hinaus ausdehnt – etwa durch hybride Angriffe,
26 Desinformationskampagnen, Drohnen, Sabotageakte oder gezielte Provokationen
27 gegenüber EU- und NATO-Staaten. Ein geschwächtes Regime kann unberechenbar
28 werden, wenn es seine Machtbasis bedroht sieht. Umso beachtenswerter ist die
29 passende Strategie der Ukraine.

30 Die Ukraine hat mit eigenen Kraftanstrengungen und durch gezielte Unterstützung
31 aus Europa – auch aus Deutschland – ihre Verteidigungskapazitäten ausgebaut.
32 Hinzu kommt eine strategisch kluge Offensive gegen russische Ressourcen:
33 Munitionsfabriken, Raffinerien, Pumpstationen. Seit Anfang August wurden laut
34 der britischen NGO Open Source Centre (OSC) mindestens 58 Angriffe auf russische
35 Energieanlagen durchgeführt – mit Drohnen, die bis zu 2.000 Kilometer tief ins
36 russische Territorium vordringen. Im Juni waren es nur ein Angriff, im Juli
37 zwei.

38 Ziel dieser Strategie ist es, in Russland gezielt eine Verknappung von
39 Treibstoffen wie Benzin und Diesel herbeizuführen – um das Vorrücken an der
40 Front zu erschweren und die Kriegswirtschaft zu destabilisieren. Ursache dafür
41 ist aber auch, dass wir es nicht geschafft haben, Russlands Exporte zu
42 verhindern. Daher setzt die ukrainische Strategie gezielte Nadelstiche gegen die
43 wirtschaftliche Lebensader Russlands. Ihr Ausfall bedeutet:

- 44 • Weniger Treibstoff für Militär und Bevölkerung
45 • Weniger Einnahmen für den Staatshaushalt
46 • Mehr Druck auf das Regime – innenpolitisch und international

47 Die Angriffe zwingen Moskau, auf Notreserven zurückzugreifen und die
48 Kriegswirtschaft neu zu organisieren.

49 Politische Verantwortung Deutschlands

50 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und sich für eine
51 konsequente, koordinierte und wirksame Unterstützung dieser Strategie sowohl im
52 Rahmen der EU als auch gegenüber internationalen Partnern einsetzen.

53 Deutschland unterstützt die Ukraine militärisch und trägt die EU-Sanktionen mit.
54 Doch die Politik bleibt zu defensiv, zu intransparent und schöpft ihr
55 europäisches Potenzial nicht aus. Entscheidungen über Waffenlieferungen und
56 Sanktionsausnahmen erfolgen oft hinter verschlossenen Türen. Sanktionen gegen
57 Oligarchen werden verzögert oder juristisch ausgehebelt. Das schwächt die
58 Glaubwürdigkeit einer wertebasierten Außenpolitik.

59 Wir Grüne fordern, dass Deutschland seine Führungsrolle in Europa stärker
60 wahrnimmt: durch eine EU-weite Initiative gegen Sanktionsumgehung, durch klare
61 öffentliche Haltung gegenüber blockierenden Staaten wie Ungarn oder Österreich
62 und durch einen schnelleren Abbau verbleibender Energieabhängigkeiten.

63 Zudem braucht es mehr Transparenz bei Entscheidungen über Waffenlieferungen und
64 eine ehrliche Neubewertung der Unterstützungsmöglichkeiten – auch in Bezug auf
65 den Marschflugkörper Taurus. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung sich aktiv
66 an den europäischen Sanktionspaketen beteiligt – zuletzt am 18. Paket mit Fokus
67 auf russische Raffinerien und die Deportation ukrainischer Kinder. Diese Linie
68 muss jedoch entschlossen fortgesetzt und durch mehr Offenheit, europäische
69 Initiative und klare Kommunikation ergänzt werden – für eine glaubwürdige,
70 solidarische und handlungsfähige europäische Friedens- und Sicherheitspolitik.

71 Forderungen

72 1. Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine

73 Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich Taurus-Systeme
74 bereitzustellen, um gezielte Verteidigung gegen russische Infrastrukturangriffe
75 zu ermöglichen und die Kriegsfinanzierung des Regimes zu schwächen.

76 2. Ausweitung und Verschärfung der Sanktionen gegen Russland

- 77 • Bekämpfung der Umgehung über Drittstaaten (z. B. Schattenfлотten,
78 Reexporte über Indien und China)
- 79 • Vollständiges Embargo auf russisches LNG
- 80 • Ausweitung der Preisobergrenze auf Ölprodukte
- 81 • Einführung von Sekundärsanktionen gegen Unternehmen, die aktiv zur
82 Umgehung beitragen

83 3. Transparente Kontrolle von Dual-Use-Gütern und Hochtechnologieexporten

- 84 • Verpflichtende Herkunfts-nachweise für kritische Komponenten
- 85 • Strafmaßnahmen gegen Unternehmen, die wissentlich militärisch nutzbare
86 Güter liefern

87 4. Diplomatische Initiative zur internationalen Koordination

- 88 • Einrichtung einer G7-Taskforce zur Sanktionsdurchsetzung und zur
89 Bekämpfung von Umgehungsstrategien

90 5. Klarer Kurs gegenüber NATO-Partnern

- 91 • Unterstützung der US-Initiative zur Lieferung von Patriot-Systemen und
92 Tomahawks durch gemeinsame Finanzierung und logistische Beiträge
- 93 • Öffentliche Positionierung gegen Appeasement-Strategien und für eine
94 wertebasierte Außenpolitik

Begründung

Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre eigene Souveränität, sondern auch die Grundwerte der europäischen Friedensordnung. Ihre militärischen Erfolge – insbesondere die gezielten Angriffe auf russische Energieinfrastruktur – zeigen, dass strategische Unterstützung wirkt. Doch diese Erfolge sind fragil, solange Deutschland und Europa nicht entschlossener handeln. Die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, die Ausweitung der Sanktionen und eine koordinierte diplomatische Initiative sind keine Eskalation, sondern notwendige Schritte zur Eindämmung eines Regimes, das Krieg als Machtinstrument nutzt und auch uns angreifen will.

Wer Putins Kriegsfinanzierung nicht konsequent angreift, verlängert den Konflikt. Wer Sanktionen duldet, aber ihre Umgehung nicht bekämpft, schwächt ihre Wirkung. Und wer Waffenlieferungen hinter verschlossenen Türen verhandelt, gefährdet die Glaubwürdigkeit einer wertebasierten Außenpolitik.

weitere Antragsteller*innen

Moritz Hüttner (KV Leverkusen); Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg); Dennis Kuß (KV Bielefeld); Jörg Thijssen (KV Bonn); Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Manuel Mandler (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Michael Schulz (KV Bonn); Marc Daniel Heintz (KV Bonn); Bastian Kubis (KV

Bonn); Jens Baganz (KV Düsseldorf); Anna Steinmetzer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Abdalla Abdellatif Masoud Mohamed (KV Bonn); Gabriel Jost (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Torsten Grieger (KV Altenburg); Viola von Cramon (KV Göttingen); Till Köhler (KV Northeim/Einbeck); André Nebel (KV Altenburg); Veit Otto (KV Köln); Anke Nettelroth (KV Erfurt); sowie 49 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.